

Rebellion gegen den Westen: Warum der Putsch in Niger gewaltige Machtverschiebungen hervorbringt

<https://de.rt.com/afrika/176684-rebellionswelle-gegen-westen-warum-putsch/>

RT-deutsch, 01.08.2023

Gelingt dem Militär die Machtübernahme in Niger, würde sich ein Streifen antiwestlicher Staaten quer über den Kontinent von Guinea bis Sudan erstrecken. Die jüngsten Machtwechsel können als Rebellionswelle interpretiert werden, bei der sich die Länder in der Sahel-Zone aus der neokolonialen Abhängigkeit vom Westen und vor allem Frankreich zu lösen versuchen.

Von Seyed Alireza Mousavi

Der Putsch in Niger war ein unerwarteter Rückschlag für den "Wertewesten". Niger war im Grunde die letzte Bastion der prowestlichen Staaten in der Sahel-Zone. Das Land ist ein wichtiger Stützpunkt für das französische Militär nach dem Abzug aus Mali und Burkina Faso. Auch die Bundeswehr hat ursprünglich geplant, einen Teil ihres bevorstehenden Abzugs aus Mali über den Lufttransportstützpunkt Niamey durchzuführen. Nun ist der Ausgang über Niger versperrt und die Vorräte in Gao reichen nur noch für eine Weile.

Die Militärübernahme in Niger ist die sechste in dieser Region seit 2020. Seinerzeit hatte zuerst das Militär in Mali geputscht. In Burkina Faso setzte das Militär im Jahr 2021 den Präsidenten Roch Kaboré ab. In Tschad wiederum trat der Präsidentensohn Mahamat Idriss Déby, ein General, im April 2021 die Nachfolge seines getöteten Vaters an. Die abgesetzten Herrscher galten als westlich orientiert und unter den neuen Staatenlenker fahren alle drei Länder einen Kurs der Souveränität.

Im Jahr 2017 hatten Deutschland, Frankreich und die EU die "Sahel-Allianz" mit den fünf Sahel-Ländern Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad geschlossen, damit sie die Basis ihrer Macht ausbauen konnten. Sollte dem Militär die Machtübernahme in Niger gelingen, würde sich geografisch ein Streifen von Staaten quer über den Kontinent – von Guinea bis Sudan – erstrecken, die durch sich vom Westen emanzipierten Oberhäuptern regiert werden. Die jüngsten Machtwechsel dürften insofern als eine Rebellionswelle gegen den Westen interpretiert werden, deren Ziel die Befreiung aus der neokolonialen Abhängigkeit vom Westen, insbesondere Frankreich, ist.

Der Westen ist bereits in Alarmstimmung, weshalb er alles daran setzen wird, neue Entwicklungen in Niger rückgängig zu machen. Angesichts antifranzösischer Proteste in Niger drohte Frankreich dem westafrikanischen Land mittlerweile mit einem Eingreifen. Derzeit sind die westlichen Staaten allerdings durch den Ukraine-Krieg und zunehmende Systemrivalität zwischen den USA und China überlastet. Der Westen erwägt infolgedessen eine Militärintervention gegen Niger über die sogenannte Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) auszuführen. Die Organisation verhängte kürzlich nicht nur weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen das Mitgliedsland Niger, sondern drohte mit dem Einsatz von Gewalt.

ECOWAS-Staaten orientierten sich in letzter Zeit eher an den westlichen Interessen als an den neuen geopolitischen Fakten in der Region. Die Erklärung der ECOWAS wurde nicht von Mali, Guinea und Burkina Faso unterzeichnet, deren ECOWAS-Mitgliedschaften ausgesetzt sind, seit dort in den vergangenen Jahren Machtwechsel stattgefunden haben.

Der Konflikt nahm eine neue Dimension an, nachdem die Regierungen in Mali und Burkina Faso gewarnt haben, jede Intervention zur Wiedereinsetzung des abgesetzten Präsidenten Mohamed Bazoum als "Kriegserklärung" gegen sie zu bewerten. Die westliche Elite hat nicht damit gerechnet, dass sich Nachbarländer an die Seite von Niger stellen.

Trotz seiner Armut verfügt Niger über große Vorräte an Uranvorkommen. Das einheimische Uran wurde viele Jahre lang zu Spottpreisen ausschließlich von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich aufgekauft. Jetzt scheinen sich die Fronten zwischen Kolonialherren und afrikanischen Völkern verhärtet zu haben. Die Welt befindet sich in einer Übergangphase von der unipolaren Ordnung zu einer multipolaren Struktur. Afrika will nicht mehr nur als Lieferant billiger Ressourcen für den Westen auf der Weltbühne agieren, sondern strebt nach einer gerechten globalen Stellung, in der es die neue Weltordnung mitgestalten kann.

Mali und Burkina Faso bezeichneten eine militärische Intervention in Niger als Kriegserklärung an sie

<https://www.anti-spiegel.ru/2023/mali-und-burkina-faso-bezeichneten-eine-militaerische-intervention-in-niger-als-kriegserklaerung-an-sie/>

Anti-Spiegel, 31.07.2023

Von Thomas Röper

Beide Länder verurteilten die Verhängung von ECOWAS-Sanktionen gegen Niger

PRETORIA, 1. August./ Burkina Faso und Mali beabsichtigen, jede militärische Intervention in Niger als eine Kriegserklärung gegen sie zu betrachten. Dies geht aus einer gemeinsamen Erklärung der beiden Länder hervor.

„Jede militärische Intervention gegen Niger wird einer Kriegserklärung gegen Burkina Faso und Mali gleichkommen“, heißt es in dem Kommuniqué. Sie verpflichteten sich außerdem, „Selbstverteidigungsmaßnahmen zur Unterstützung der Streitkräfte und des nigrischen Volkes zu ergreifen“.

Die beiden Übergangsregierungen bekundeten in der Erklärung ihre Solidarität mit „dem Brudervolk von Niger, das beschlossen hat, sein Schicksal verantwortungsvoll in die eigenen Hände zu nehmen“. Sie verurteilten die Verhängung von ECOWAS-Sanktionen gegen Niger und erklärten, dass diese Maßnahmen „das Leiden des Volkes nur verschlimmern und den Geist des Panafricanismus in Frage stellen“.

Die Erklärung von Mali und Burkina Faso war eine Reaktion auf das Kommuniqué, das die ECOWAS-Länder am 30. Juli während des Gipfels in Abuja herausgegeben hatten. Darin forderten sie die Wiedereinsetzung des gewählten nigrischen Präsidenten Mohamed Bazoum innerhalb einer Woche und versprachen, andernfalls „alle Maßnahmen“ zu ergreifen, „bis hin zur Anwendung von Gewalt“. Ougadougou und Bamako warnten, dass „jede militärische Intervention gegen Niger zum Austritt von Burkina Faso und Mali aus der ECOWAS führen würde“.

Sie warnten auch vor den katastrophalen Folgen einer militärischen Intervention in Niger, „die die gesamte Region destabilisieren könnte, wie es im Fall der einseitigen Intervention der NATO in Libyen geschah, die zur Ausbreitung des Terrorismus in der Sahelzone und in Westafrika führte“.

„Die Übergangsregierungen von Burkina Faso und Mali sind zutiefst verärgert und überrascht über das festgestellte Ungleichgewicht zwischen dem Ungestüm und dem Abenteuerertum einiger westafrikanischer politischer Führer, die bereit sind, bewaffnete Gewalt anzuwenden, um die verfassungsmäßige Ordnung in einem souveränen Land wiederherzustellen, und der Untätigkeit, Gleichgültigkeit und passiven Komplizenschaft dieser Organisationen und politischen Führer bei der Unterstützung von Staaten und Völkern, die Opfer des Terrorismus sind und seit einem Jahrzehnt ihrem Schicksal überlassen werden“, erklärten die Übergangsregierungen der beiden Länder.

Die Situation in Niger

Am 26. Juli verkündeten die Rebellen im nationalen Fernsehen die Absetzung von Bazoum als Präsident von Niger, die Schließung der Grenzen der Republik, die Verhängung einer Ausgangssperre, die Aussetzung der Verfassung und das Verbot politischer Aktivitäten von Parteien. Am 28. Juli meldeten sie, dass General Abdourahmane Tchiani Staatsoberhaupt wurde. Zum Zeitpunkt des Staatsstreichs stand er an der Spitze der Präsidiargarde, deren Einheiten Bazoum festhielten und weiterhin festhalten. Seitdem kommt es in Niamey regelmäßig zu Demonstrationen zur Unterstützung der Rebellen und gegen die Präsenz ausländischer Truppen im Land.

Zuvor hatte die ECOWAS einen Dringlichkeitsgipfel zur Lage in Niger einberufen, auf dem bekräftigt wurde, dass der von den Rebellen gefangen genommene und festgehaltene nigrische Präsident weiterhin das Staatsoberhaupt ist. Das Treffen verurteilte auch den versuchten Staatsstreich in Niger und die illegale Inhaftierung des Präsidenten, seiner Familie und der Regierung.

Außerdem wurde ein Ultimatum an die nigrischen Rebellen gestellt. Sollten die Forderungen des Gipfels nicht innerhalb einer Woche erfüllt werden, beabsichtigen die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die verfassungsmäßige Ordnung in Niger wiederherzustellen“, was „die Anwendung von Gewalt einschließen kann“.

Die ECOWAS wurde im Frühjahr 1975 von den Ländern Westafrikas gegründet. In der Organisation sind 15 Staaten der Region zusammengeschlossen. Die Mitgliedschaft von Burkina Faso, Guinea und Mali, wo das Militär in den letzten Jahren die Macht ergriffen hat, ist ausgesetzt worden.

Link zu einem weiteren, sehr informativen Bericht:
<https://justinpodur.substack.com/p/the-coup-in-niger>

Der Westen möchte, dass Nigeria ins nördliche Nachbarland einmarschiert

<https://de.rt.com/meinung/176681-westen-moechte-dass-nigeria-ins/>

RT-deutsch, 01.08.2023

Es wird erwartet, dass der Westen in der kommenden Woche hinter den Kulissen maximalen Druck auf Nigeria ausüben wird. Frankreich und die USA erkennen die Bedrohung, die der Militärputsch im benachbarten Niger für ihre hegemonialen Interessen darstellt.

Von Andrew Korybko

Der patriotische Militärputsch vergangene Woche in Niger könnte den neuen Kalten Krieg grundlegend verändern, wenn die jetzigen Machthaber die Uranexporte, von denen Frankreichs Kernenergieindustrie abhängt, einstellt, die Truppen ihrer ehemaligen Kolonialherren aus ihrer letzten regionalen Bastion vertreibt und/oder Russland auffordert "demokratischen Sicherheitsbeistand" zu leisten. Anders als die patriotischen Militärputsche in Guinea, Mali und Burkina Faso, die vom Westen zwar verurteilt, aber nicht als Bedrohung für

seinen neokolonialen Würgegriff über Afrika betrachtet wurden, läuten beim Putsch in Niger die Alarmglocken.

Frankreich und die USA verurteilten diesen jüngsten Regimewechsel aufs Schärfste. Frankreich stellte parallel zur EU alle Entwicklungshilfen ein, während Washington sich wohl darauf vorbereitet, diesem Beispiel zu folgen. Die Afrikanische Union (AU) stellte den neuen Machthabern in Niger am vergangenen Sonntag ein Ultimatum, den gestürzten Präsidenten Mohamed Bazoum innerhalb von 15 Tagen wieder einzusetzen, andernfalls riskiere das Land "Strafmaßnahmen". Diese ernsthafte Drohung wurde dann von der "Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten" (ECOWAS) bestätigt, die erklärte, dass es zur "Gewaltanwendung" kommen könne, wenn dies nicht sogar innerhalb einer Woche geschehe.

Der Sprecher der nigerianischen Machthaber sah dieses Szenario kommen und warnte noch vor dem Zusammentreffen der ECOWAS: "Das Ziel des ECOWAS-Treffens besteht darin, einen Aggressionsplan gegen Niger zu verabschieden, eine militärische Intervention zu fordern, in Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Staaten, die keine Mitglieder ECOWAS sind, und bestimmter westlicher Länder. Wir möchten die ECOWAS oder jeden anderen Abenteurer noch einmal an unsere feste Entschlossenheit erinnern, unser Heimatland zu verteidigen."

Der Interimspräsident von Burkina Faso, Ibrahim Traoré, hat in seiner Rede auf dem zweiten Russland-Afrika-Gipfel in Sankt Petersburg einige Tage zuvor viele seiner Amtskollegen als imperialistische Marionetten beschimpft, weil sie sich dem Willen des Westens beugen und sich patriotischen Militärputschen widersetzen, wie jenem, der ihn vergangenen Oktober an die Macht brachte. Seine Worte kamen angesichts der kurz darauf ausgesprochenen Drohungen der AU und der ECOWAS gegen das benachbarte Niger zur rechten Zeit.

Inmitten dieser zunehmenden Spannungen reiste der Interimspräsident des Tschad, Mahamat Idriss Déby Itno, am vergangenen Sonntag nach Niamey, in die Hauptstadt von Niger, um Gespräche mit den neuen Machthabern zu führen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Analyse war das Ergebnis dieser Gespräche jedoch noch unklar. Sein Land ist eine regionale Militärmacht, deren Streitkräfte möglicherweise an jeder Operation teilnehmen könnten, die von der ECOWAS gegen den Niger lanciert würde, obwohl sie dieser Wirtschaftsgemeinschaft nicht angehört. Gleichzeitig gibt es jedoch Gründe, warum dies möglicherweise nicht geschehen wird.

Dieser traditionell französische Verbündete fiel Anfang des Jahres nicht auf die Provokation der USA im Informationskrieg herein, in der fälschlicherweise behauptet wurde, Russland plane die Ermordung des Interimspräsidenten des Tschad. Anstatt den Botschafter Russlands auszuweisen, warf es stattdessen den deutschen Botschafter raus, nachdem festgestellt wurde, dass dieser versuchte, Unruhen im Land zu schüren. Kurz darauf [verlangte Bloomberg](#), dass Biden sich im Tschad unter dem Vorwand einmischte, "ein sudanesisches Szenario abzuwenden". Dementsprechend könnte der Tschad auch diesmal zögern, den Wünschen des Westens nachzukommen.

Die multipolare Entwicklung in den vergangenen Monaten kamen unerwartet. Vergangene Woche konnte man Zeuge werden, wie der Außenminister des Tschad – trotz des starken westlichen Drucks auf sein Land, den Gipfel in Sankt Petersburg zu boykottieren – dennoch nach Russland reiste. Dies könnte erklären, warum der Tschad diplomatische Bemühungen zur Entschärfung dieser jüngsten Krise anführt. Gleichzeitig kann jedoch immer noch nicht ausgeschlossen werden, dass der westliche Druck zu groß werden könnte und der Tschad letztlich gezwungen sein wird, sich an einer möglichen ECOWAS-Intervention im benachbarten Niger zu beteiligen.

Unabhängig davon, welche Rolle der Tschad in diesem Szenario spielen wird oder nicht, kann realistischere nichts passieren, solange Nigeria nicht bereit ist, die Intervention militärisch anzuführen. Obwohl das ECOWAS-Mitglied Benin etwas näher an Niamey liegt als Nigeria, hat letztgenanntes Land eine viel längere Grenze mit Niger und verfügt über ein weitaus stärkeres Militär. Der neu ins Amt gewählte nigerianische Präsident Bola Tinubu muss sich daher entscheiden, ob er dem Willen des Westens folgen und die neuen Machthaber seines nördlichen Nachbarn stürzen will, was ihn in diesem Szenario zur wichtigsten Variablen macht.

Es wird erwartet, dass der Westen in der kommenden Woche, noch vor Ablauf des Ultimatums der ECOWAS, hinter den Kulissen maximalen Druck auf Nigeria ausüben wird. Frankreich und die USA erkennen die Bedrohung, die der patriotische Militärputsch im benachbarten Niger für ihre hegemonialen Interessen auf dem afrikanischen Kontinent darstellt. Sie sind daher bereit, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diese möglicherweise bahnbrechende Entwicklung umzukehren. Trotz all seines Potenzials ist es Nigeria weitgehend nicht gelungen, sich vom westlichen Einfluss zu befreien, weshalb es wahrscheinlich den westlichen Anordnungen nachkommen wird.

Die Streitkräfte und die Wirtschaftselite Nigerias sind eng mit dem kollektiven Westen verbunden. Die einen wurden im Westen ausgebildet, die anderen sind durch ihre Verbindungen zum Westen reich geworden. Ihre Spitzenvertreter machen dort regelmäßig Urlaub und schicken ihre Kinder in westliche Eliteschulen. Alles, was der Westen tun muss, ist damit zu drohen, diese Beziehungen zu kappen, was anschließend die Staatsspitze Nigerias dazu veranlassen könnte, aktiv zu werden und das Notwendige zu tun, um sich auf eine mögliche Invasion des Niger vorzubereiten.

Präsident Tinubu gilt als ein dem Westen freundlich gesinntes Staatsoberhaupt, daher ist es unwahrscheinlich, dass er persönlich dagegen wäre. Aber selbst für den Fall, dass er sich dem Westen widersetzen sollte, bleibt er machtlos, seinem vom Westen beeinflussten Militär zu widerstehen. Er ist erst seit wenigen Monaten im Amt und das nigerianische Militär übt traditionell einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf die Politikgestaltung aus. Diese Faktoren machen es praktisch zur vollendeten Tatsache, dass Nigeria in dieser Krise jene Rolle spielen wird, die der Westen für das Land vorgesehen hat.

Wenn es dem Interimspräsidenten des Tschad nicht gelingt, einen für Frankreich und die USA akzeptablen Kompromiss auszuhandeln, was nicht wahrscheinlich, aber auch nicht unmöglich ist, dann besteht eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass Nigeria die drohende Invasion der ECOWAS in den Niger anführen wird. Die groß angelegten anti-französischen

und pro-Putsch Kundgebungen vom vergangenen Sonntag in Niamey zeigen, dass dieser jüngste Regimewechsel in der Bevölkerung äußerst populär ist, was darauf hindeutet, dass die externe Wiedereinführung des verachteten Regimes von Präsident Bazoum auf Widerstand stoßen wird.

Diese Beobachtung bedeutet nicht, dass die wahrscheinlich von Nigeria angeführte Invasion ihr Ziel, den Putsch rückgängig zu machen, nicht erreichen wird, sondern nur, dass es große Anstrengungen erfordern wird, es durchzusetzen. Dies wiederum könnte dazu führen, dass die ECOWAS vom Westen beauftragt wird, den Niger auf längere Sicht zu okkupieren. In diesem Szenario würde das Volk des Niger unter einer der schlimmsten neokolonialen Diktaturen der Welt leiden, wobei Frankreich und die USA an ihrem Land ein Exempel statuieren, um anderswo patriotische Militärputsche zu unterbinden.